



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/75 - 29.3.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Gegenpläne in der SEZ	S. 1
Auswirkungen des belgischen Schulstreiks	S. 3
"Freiheit und Zucht" - Zu einem Gespräch in Loccum	S. 4

---

## Pankow plant "Arbeitermiliz"

E.Z., Berlin

Das vergangene Wochenende hat einige konkrete Andeutungen darüber gebracht, welche Gegenpläne die Pankower Regierung zunächst als erste Maßnahmen gegen die Entwicklung in Westdeutschland durchzuführen beabsichtigt. Gleichzeitig mit der offiziellen Erklärung, die "DDR-Regierung habe in der nunmehr geschaffenen Lage mit Maßnahmen zum Schutze der DDR begonnen", sind einige bestimmte Aktionen bekannt geworden. Sie laufen darauf hinaus, den Meinungsterror in der Sowjetzone wesentlich zu verstärken und mit Abschnürungsmaßnahmen zu beginnen.

Zunächst ist die Ausgabe von Passierscheinen, mit denen die Westberliner ihre Verwandten und Bekannten in der Zone besuchen könne, wesentlich eingeschränkt worden. Sie werden in der Praxis nur noch im Falle lebensgefährlicher Erkrankungen von nächsten Angehörigen in der Zone ausgegeben werden können. Auch Studenten, die legal in Westberlin studieren, wurde der Besuch der Eltern in der Zone entgegen der bisherigen Praxis verwehrt. Auch Einschränkungen im Reiseverkehr zwischen Westdeutschland und der Zone sind wahrscheinlich.

Am Wochenende hat außerdem ein Beschluß der SED-Bezirksleitung von Berlin gezeigt, dass an eine Verschärfung des Terrorregimes

29.3.1955

gedacht ist. Darin heißt es: "Um gegen die Provokationen der imperialistischen Feinde unserer Arbeiter- und Bauernmacht gewappnet zu sein, ist es notwendig, in allen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben die "Kampfgruppen" so aufzubauen und zu schulen, dass sie in der Lage sind, unsere Errungenschaften wirksam zu schützen". Und es besteht kein Zweifel, dass die Pankower Regierung als erste "Schutzmaßnahme" eine "Arbeitermiliz" aufbauen will, wie sie z.B. in der Tschechoslowakei und in anderen Volksdemokratien eine wichtige Rolle spielt. Diese Maßnahme ist in erster Linie als Mittel der Einschüchterung gegenüber der eigenen Bevölkerung, vor allem den Arbeitern in den Betrieben gedacht, unter denen angesichts der immer kritischer werdenden Versorgungslage die Widerstandsstimmung von Tag zu Tag wächst.

Die nach dem 17. Juni 1953 entwickelten "Kampfgruppen" in den Betrieben haben als Machtinstrument der SED in den meisten Fällen versagt. Auf der streng eingehaltenen Basis der Betriebsorganisation haben sie sich nicht selten zu einem Sammelbecken fanatischer Raßaufrücker entwickelt, die gegenüber der übergeordneten Betriebsparteiorganisation eine durchaus selbständige Haltung einnahmen, oft in schroffem Gegensatz zu den SED-Bürokraten. Im Sommer 1954 mußte daher das ZK der SED in einer Geheimdirektive die Kreissekretariate der Partei zur aufmerksamen Verfolgung dieser "sektiererischen Tendenzen" in den KGs auffordern.

Im Herbst des Vorjahres versuchte man dann, die militärische Ausbildung der KG-Mitglieder in den Ausbildungsbetrieb der "Gesellschaft für Sport und Technik" einzugliedern, indem man für die KG-Angehörigen die Mitgliedschaft in dieser Organisation für obligatorisch erklärte. Die KG-Mitglieder sollten also am Wochenende an der Schießausbildung der GDT und an deren vorgeschriebenen Massenausmärschen und Geländeübungen teilnehmen. In den meisten Fällen glänzten sie durch Abwesenheit.

Wenn jetzt die Pankower Regierung mit dem Aufbau einer Arbeitermiliz beginnen will, so ist dazu natürlich ein enger Kontakt mit der Volkspolizei notwendig. Seit etwa einer Woche versucht die SED in den großen volkseigenen Betrieben ihre Mitglieder als "Helfer der Vopo" zu verpflichten.

Die Werbekampagne läuft auf vollen Touren. Auf diesem Umwege hofft man zu dem neuen Machtinstrument, das sich besser als die "Kampfgruppen" bewahren soll, zu kommen - einem Machtinstrument, das der künftigen Nationalarmee relativ leicht eingegliedert werden kann.

Flämisch - wallonischer Gegensatz neu entbrannt

pt, Brüssel, Ende März

Der Schulkampf droht zu einem Wiederaufflammen der alten bitteren Feindschaft zwischen Flamen und Wallonen zu führen. Schon die ganze Woche war es in den meisten belgischen Städten und Dörfern zu Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen der Staatsgewalt und den politisch aktiven Katholiken gekommen. Und fast in allen flämischen Städten wurde dabei der "Flämische Löwe" gesungen, die flämische Flagge auf Kirchtürmen und Rathhäusern in der Nacht gehißt. Der "Marsch nach Brüssel" wurde immer mehr Ausdruck des alten Hasses der Flamen gegen das brabantische Brüssel, das hundert Jahre lang versuchte, den flämischen Charakter des Großteils des Landes zu unterdrücken und wo heute noch, trotz eines großen flämisch sprechenden Teils der Bevölkerung, nur Französisch "salonfähig" ist, während flämisch als Sprache der unteren Schichten gilt. Es ist bezeichnend für die Demagogie, mit der die Christlichsozialen diesen Gegensatz auszunutzen verstehen, dass auf einer Riesenversammlung der Gegner der Schulgesetze, die am vergangenen Donnerstag stattfand, der Vorsitzende der christlichsozialen Gewerkschaften, Coul, seine Rede auf flämisch hielt, während in der Gegenversammlung der regierungstreuen Organisationen der Generalsekretär der sozialistischen freien Gewerkschaften, Major, trotzdem er selbst Flamen ist, seine Rede in unbeholfenem Französisch hielt.

Die Reaktion auf diese Ausweitung des Schulstreiks ist verschieden. Am leichtesten machte sich die Sache der liberale Bürgermeister Brüssels. Nachdem er ein Verbot von "Straßenversammlungen von mehr denn fünf Mann" unterzeichnet hatte, meldete er sich krank. Die sozialistischen Gewerkschaften begnügten sich damit, ihre Volkshäuser mit eigenen Ordnern zu sichern. Die Kreise der Liberalen und auch der Sozialisten, die bis Mitte der Woche, bis zur Ankündigung des "Marsch auf Brüssel" durch die Christlichsozialen Ausgleichsversuche geführt hatten, weisen daraufhin, dass die christlichsozialen Führer in ihren Ansprachen ausdrücklich die Demonstrationen für "genügend und beendet"

bezeichnet hatten. Das Blatt der christlichsozialen Gewerkschaften, die CITE, dringt in einem zwar triumphierenden aber inhaltlich gemäßigten Leitartikel auf neue Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Die Regierung hat die unstrittenen Entwürfe auch für die kommende Woche nicht auf die Tagesordnung der Kammer gestellt.

Sie steht vor einer schweren Entscheidung. Am 8. Mai soll in ganz Belgien die zehnjährige Wiederkehr des Tages der Befreiung von der nazistischen Besatzung, als nationaler Festtag und als Bekenntnis zur nationalen Einheit gefeiert werden. Die christlichsoziale Opposition könnte zum mindesten in den flämischen Teilen sich aller Beteiligung an dieser Feier enthalten. Das will man begreiflicherweise auf alle Fälle verhindern.

Belgien ist zu 92 Prozent ein katholisches Land und das Übel des überwiegend katholischen Schulwesens geht schließlich auf die Zeiten der furchtbaren Gegenreformation mit Feuer und Schwert zurück, die der spanische Habsburger Phillip II vor 400 Jahren durch seinen Herzog Alba durchführen ließ. 16000 Menschen ließ damals Herzog Alba hinrichten, seine "spanischen" Truppen, mit denen er den Protestantismus mit Stumpf und Stiel ausrottete, bestanden größtenteils aus Wallonen. Die Brücke, die die moderne Zeit und die Arbeiterbewegung zwischen Wallonen und Flamen geschlagen hat, muß erhalten bleiben - will man nicht aus Brüssel, das so gern sich als Führer für die Einigung ganz Europas anpreist, einen Brennpunkt der Unruhe und die Hauptstadt eines nur mit Gendarmerie und Polizei zusammenzuhaltenden Staates machen...

\* \* \*

Neue Wege sind unerlässlich

Von einem Teilnehmer der Tagung in Loccum

Bei den evangelischen Christen in der Bundesrepublik besteht Einmütigkeit darüber, dass bei dem Aufbau deutscher Streitkräfte ganz neue Wege beschritten werden müssen und eine Wiederbelebung überholter Kommissgrundsätze abzulehnen ist. Dies kann als das wesentliche Ergebnis eines Gespräches in der Evangelischen Akademie Loccum an ver-

gangenen Wochenende über das Thema "Freiheit und Zucht" angesehen werden, an dem sich als Referenten bzw. Korreferenten u.a. die Bundestagsabgeordneten Erler und von Merkatz, Graf von Baudissin von der Dienststelle Blank und der politische Berater Jacob Kaisers, Wilhelm Wolfgang Schütz, beteiligten.

Sowohl Erler wie Baudissin bezeichneten Streitkräfte als "ein notwendiges Übel", wobei die Ausführungen Erlers unter dem ausdrücklichen Vorbehalt seiner grundsätzlichen Ablehnung einer Wiederbewaffnung im gegenwärtigen Zeitpunkt standen. Eine Sonderstellung des Soldaten im Staate wurde unter anderem auch mit dem Argument verneint, dass der Soldat kein "Monopol der Gefahr im Kriege" mehr habe. Bemerkenswert war auch die Feststellung Baudissins, dass es beim Aufbau von Streitkräften nur die Entscheidung zwischen einem konsequent-freiheitlichen oder einem totalitären Weg gäbe und dass ein "halbtotalitärer Weg konsequent ins Totalitäre übergehen müsse". Im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den NATO Partnern ist die Erklärung Baudissins von Bedeutung, dass veraltete militärische Formen auch nicht aus westlichen Ländern, soweit sie dort noch vorhanden sind, übernommen werden sollen. Die große Frage bleibt freilich, ob - was behauptet wurde - die Furcht vor dem Wiederaufleben veralteter militärischer Auffassungen unbegründet sei, wenn die Absichten der Abteilung "Inneres Gefüge" in der Dienststelle Blank verwirklicht werden.

#### Es gibt keine bundesrepublikanische Staatsidee

Die von Wilhelm Wolfgang Schütz und Fritz Erler mit gewissen Abwandlungen vorgetragene Konzeption eines weder östlicher noch westlichen militärischen Kombinationen angehörenden wiedervereinigten Deutschlands - mit einer begrenzten Verteidigungsmacht unter internationaler Garantie seiner Unversehrtheit - fand bei den Tagungsteilnehmern weitgehend Zustimmung. Schütz fand auch Zustimmung mit der Feststellung, dass es keine bundesrepublikanische Staatsidee gäbe. Seine Forderung nach einer Staatsidee für das wiedervereinigte Deutschland wurde jedoch mit Skepsis aufgenommen, vor allem wegen der auf Hegels kompromittierte Staatslehre hinweisenden Mißverständlichkeit dieses Begriffes.

Herr von Merkatz bekannte sich zum Naturrecht im Sinne Thomas von Aquins. (Naturrecht als das ewige für alle Menschen und positiven Rechtsordnungen verbindliche, von Gott der menschlichen Vernunft eingeschriebene Gesetz.) Es kennzeichnet andererseits den Geist der Tagung, dass, im Gegensatz zu dieser Lehre der katholischen Theologie, im Verlaufe der Tagung immer wieder von kirchlicher Seite betont wurde, es gäbe keine christliche Politik, keine christliche Pädagogik, kein christliches Gewissen, sondern nur Menschen, die, von ihrem Gewissen hierhin oder dorthin getrieben, sich bemühen, als Christen jeder an seiner Stelle politische, pädagogische und andere Aufgaben zu erfüllen.

29.3.1955

Es ließe sich noch manches Kritische zu den Ausführungen des DP-Fraktionsvorsitzenden sagen, doch traf er auf der anderen Seite auch eine Reihe beachtlicher Feststellungen, bei denen man allerdings die Frage stellen muß, ob es sich dabei um mehr als flüchtige Überlegungen handelt. Interessant war auch die Kritik des Abgeordneten von Merkatz an den Elite-Ideen des Bundesministers Schröder und auch seine Erklärung, grundlegende Fragen der Verfassung und der Außenpolitik seien letzten Endes der Mehrheitsentscheidung nicht zugänglich, bei solchen Fragen, sei eine Verständigung aller Beteiligten erforderlich - eine Auffassung weitab von der parlamentarischen Praxis der Bundestagsfraktion, deren Vorsitzender er ist.

#### Zwei Studenten aus der Sowjetzone

Ein besonderes Erlebnis für die Teilnehmer der Tagung waren Diskussionsbeiträge von zwei Studenten aus der Sowjetzone, von denen man mit absoluter Sicherheit weiß, dass sie nicht im Auftrage irgendwelcher offiziellen Stellen des sowjetzonalen Regimes gekommen waren. Ihre mit großer Überzeugungskraft vorgetragenen Erklärungen, dass die Jugend in der Sowjetzone gegen eine Remilitarisierung in Ost und West sei und dass durch die Aufstellung von Streitkräften in der Bundesrepublik die jungen Menschen in der Sowjetzone gezwungen würden, gegen ihr Gewissen in die sowjetzonale Volksarmee einzutreten, machten einen tiefen Eindruck. Sie können auch nicht, wie es ein Diskussions Teilnehmer versuchte, mit dem Argument abgetan werden, dass die Menschen drüben ja auch zu anderen Entscheidungen gegen ihr Gewissen gezwungen werden.

Einer dieser Studenten stellte in der Schlußaussprache die Frage, was wir hier täten, um vorbereitet zu sein, an Tage der Wiedervereinigung den "Anprall von Ideologie und ausbrechenden Freiheitsrausch" aufzufangen. Er richtete seine Frage, wie er sagte, vor allem an die SPD, weil er meine, dass ihre Beantwortung besonders die Aufgabe dieser Partei sei - eine ehrenvolle, eine verpflichtende Meinung.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau